

Am 5. Juni kommen sechs Vorlagen auf kommunaler, eine auf kantonaler und fünf auf eidgenössischer Ebene zur Abstimmung. Der «Höngger» hat die in den Zürcher Parlamenten vertretenen Parteien aus dem Wahlkreis 6 und 10 um ihre Empfehlung gebeten. Die Nummerierungen auf dieser Doppelseite entsprechen jenen der Vorlagen.

Städtische Vorlagen:

- 1) Instandsetzung und Umbau von Kongresshaus und Tonhalle (165 Millionen Franken), Beitrag an Tonhalle-Provisorium (höchstens 1,65 Millionen Franken) und Entschuldung der bestehenden Trägerschaft des Kongresshauses (72,8 Millionen Franken) mit Ausgaben von insgesamt 239,45 Millionen Franken; Genehmigung einer Grundstücksübertragung; jährlicher Beitrag an die Kongresshaus-Stiftung von höchstens 2,9 Millionen Franken und Erhöhung des jährlichen Beitrags an die Tonhalle-Gesellschaft um 2,5 Millionen Franken.
- 2) Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Kongresshaus-Stiftung Zürich, Änderung der Gemeindeordnung.
- 3) Pflegezentrum Bombach in Zürich-Höngg, Neubau Haus B, Objektkredit von 23,575 Millionen Franken.
- 4) Ausstieg aus der Stadt Zürich aus der Kernenergie, Änderung der Gemeindeordnung.
- 5) Gemeindebeschluss «Rationelle Verwendung von Elektrizität» vom 5. März 1989, Teilaufhebung.
- 6) Verordnung über gemeinwirtschaftliche Leistungen des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz) im Rahmen der 2000-Watt-Ziele, Neuerlass.

Kantonale Vorlage

1) Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (Änderung vom 30. November 2015; Wählbarkeitsvoraussetzungen für Bezirksrichterinnen und Bezirksrichter).

Eidgenössische Vorlagen

- 1) Volksinitiative vom 30. Mai 2013 «Pro Service public».
- 2) Volksinitiative vom 4. Oktober 2013 «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen».
- 3) Volksinitiative vom 10. März 2014 «Für eine faire Verkehrsfinanzierung».
- 4) Änderung vom 12. Dezember 2014 des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizingesetz FMedG).
- 5) Änderung vom 25. September 2015 des Asylgesetzes (AsylG).



SP
Florian Utz,
Gemeinderat SP,
Jurist

Städtische Vorlagen:

- 1) **Ja**, weil die heutigen Gebäude baufällig sind und Zürich weiterhin ein Kongresshaus und eine Tonhalle braucht.
- 2) **Ja**, weil sich die bisherige privatrechtliche Stiftung nicht bewährt hat.
- 3) **Ja**. Es ist wichtig, dass demenzzranke Menschen ein gutes Wohn- und Betreuungsumfeld haben, in welchem sie in Würde leben können.
- 4) **Ja**, weil Atomkraftwerke noch immer mit einem unkalkulierbaren Risiko verbunden sind. Und weil sich der Atomstrom für das EWZ auch ohne Super-Gau nicht rechnet – die Entsorgungs- und Stilllegungskosten sind schlicht zu hoch.
- 5) **Ja**, weil der Stromsparfonds wegen kantonaler Vorgaben aufgehoben werden muss – auch wenn er sich bewährt hat.
- 6) **Ja**, damit die Ziele des Stromsparfonds – vor allem die Förderung der Energieeffizienz – in rechtlich zulässiger Form weiterverfolgt werden können.

Kantonale Vorlage:

1) **Ja**. Für alle Berufe wird heute eine entsprechende Ausbildung verlangt. Man darf deshalb auch von den Richterinnen und Richtern erwarten, dass sie nicht nur über gesunden Menschenverstand, sondern auch über das notwendige Fachwissen verfügen.

Eidgenössische Vorlagen:

- 1) **Nein**, weil Post, SBB und Swisscom gewisse Freiheiten brauchen, um erfolgreich zu bestehen. Der heutige Weg – mit politischen Vorgaben, aber auch gewissen Freiheiten – funktioniert. Wenn man diese Balance kippt, provoziert man letztlich Privatisierungen – was aber nicht im Interesse der Bevölkerung liegt.
- 2) **Nein**, weil das Anliegen zwar sympathisch, letztlich aber nicht finanzierbar ist.
- 3) **Nein**. Mehr Strassen bedeuten noch mehr Lärm und noch mehr Abgase. Zudem käme es mit dieser Initiative zu Leistungskürzungen in anderen Bereichen – oder aber zu Steuererhöhungen. Man kann jeden Franken nur einmal ausgeben.
- 4) **Stimmfreigabe**.
- 5) **Ja**, weil schnelle Verfahren letztlich im Interesse aller sind. Wichtig ist, dass auch schnelle Verfahren fair ablaufen.



SVP
Martin Bürlimann,
Gemeinderat
SVP

Städtische Vorlagen:

- 1) **Nein**. Die Kulturausgaben sind bereits sehr hoch. Nochmals eine Viertelmilliarde Franken zusätzlich ist nicht angebracht.
- 2) **Nein**. Es ist nicht Sache der Allgemeinheit, Fehler aus der Vergangenheit mit viel Geld zu überdecken.
- 3) **Ja**. Das Projekt ist ausgewogen. Wer hier ein Leben lang gearbeitet und Steuern bezahlt hat, hat einen Anspruch auf einen guten Platz im Alter.
- 4) **Nein**. Zürich würde gar nicht aus der Kernenergie aussteigen, sondern einfach ein Aktienpaket verkaufen. Wer ankündigt, dass man ein Aktivium verkaufen muss, hat schon verloren. In wenigen Jahren gibt es eine Volksabstimmung der Grünen über den Ausstieg, die Grundsatzfrage wird dann beantwortet.
- 5) **Ja**. Der Stromsparbeschluss von 1989 muss revidiert werden. Der Stromsparfonds wurde bis heute gespeist durch Ausschüttung von 10 % des ewz-Gewinns. Neu sollen die Stromsparmassnahmen durch einen Zuschlag auf der Netznutzung finanziert werden.
- 6) **Nein**. Alle Parteien wollten dieser Vorlage zustimmen. Ein zusätzlicher Kommissionsantrag der SP, Grünen und AL verlangte nun, dass mindestens 1 Rp/kWh für Stromsparprojekte auszugeben sei. Somit würde der Strompreis dauernd um 1 Rp/kWh verteuert, unabhängig, ob sinnvolle Stromsparprojekte vorhanden sind. Dies wäre eine weitere Giesskanne.

Kantonale Vorlage:

1) **Nein**. Das Milizsystem kommt einmal mehr unter die Räder. Laienrichter haben Sachkenntnis und Lebenserfahrung. Bei Scheidungen oder Vaterschaftsabklärungen müssen jeweils akzeptable Lösungen gefunden werden. Es braucht nicht nur Paragraphen, sondern auch Menschenkenntnis.

Eidgenössische Vorlagen:

- 1) **Nein**.
- 2) **Nein**. Wer soll das bezahlen?
- 3) **Ja**. Die Kostenverursacher decken ihre Kosten. Damit haben sie Anspruch darauf, dass diese Gelder tatsächlich ihre Kosten decken und nicht umverteilt werden.
- 4) **Ja**.
- 5) **Nein**. Gratisanwälte für Asylanten, Enteignungen für Schweizer? Nein.



FDP
Martina Zürcher,
Vizepräsidentin
FDP 10
Ökonomin

Städtische Vorlagen:

- 1) **Ja**. Kongresshaus und Tonhalle sind kulturell und wirtschaftlich wichtig für unsere Stadt. Das denkmalgeschützte Gebäude ist stark sanierungsbedürftig, es muss erneuert werden.
- 2) **Ja**.
- 3) **Ja**, es gibt immer mehr alte Leute, die eine entsprechende Infrastruktur benötigen.
- 4) **Nein**. Der Stadtrat würde verpflichtet, bis 2034 die Anteile an Atomkraftwerken zu verkaufen. Damit stiehlt sich die Stadt aus der Verantwortung, jedoch wird kein Kraftwerk früher abgestellt.
- 5) **Ja**, der Beschluss ist schlicht verallt.
- 6) **Nein**. Statt wie vom Stadtrat vorgeschlagen, nur eine maximale Abgabe, soll auch eine Mindestabgabe auf den Strompreis eingeführt werden. Dies ist eine Gebührenerhebung auf Vorrat.

Kantonale Vorlage:

1) **Ja**, es ist sinnvoll, wenn ein Richter Fachkenntnisse der Gesetze hat.

Eidgenössische Vorlagen:

- 1) **Nein**. Die Initiative will die unternehmerische Freiheit von Swisscom, Post und SBB massiv einschränken und ein Gewinn- und Querfinanzierungsverbot erteilen. Unternehmertum fördert aber Innovation und Entwicklung neuer Technologien und führt zur Verbesserung der Grundversorgung.
- 2) **Nein**. Die Initianten möchten, dass jeder Erwachsene in der Schweiz 2500 Franken und jedes Kind 625 Franken pro Monat als Grundeinkommen erhält, im Gegenzug könne der Sozialstaat verschlankt werden. Dies ist ein gewagtes Experiment mit sehr ungewissem Ergebnis, abgesehen von rund 208 Milliarden Franken Kosten pro Jahr.
- 3) **Nein**. Privater und öffentlicher Verkehr müssen koordiniert werden, dafür ist der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds NAF die bessere Lösung. Zudem würde die Initiative ein Loch von rund 1,5 Milliarden Franken in die Bundeskasse reissen, welches anderweitig gestopft werden müsste.
- 4) **Ja**, diese Vorlage ist ausgewogen und zeitgemäss.
- 5) **Ja**, diese Änderung bringt schnellere Verfahren und Entscheidung mit sich.



GRÜNE
Kathy Steiner,
Kantonsrätin
GRÜNE

Städtische Vorlagen:

- 1) **Ja**. Der Umbau gibt dem Gebäude seine hohe kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung zurück und ermöglicht eine zeitgemässe Bewirtschaftung.
- 2) **Ja**. Die neue Stiftung löst die hochverschuldete Trägerschaft ab und schafft ein rechtlich und wirtschaftlich tragfähiges Fundament für einen erfolgreichen Weiterbetrieb.
- 3) **Ja**. Der Neubau schafft dringend benötigte Wohnplätze für Menschen, die an Demenz erkrankt sind.
- 4) **Ja**. Damit die Stadt Zürich glaubwürdig atomstromfrei wird, braucht es den vollständigen Ersatz des Atomstroms durch erneuerbare Energien und den Verkauf der bestehenden AKW-Beteiligungen.
- 5) **Ja**. Bund und Kanton haben inzwischen entsprechende Regelungen eingeführt.
- 6) **Ja**. Die Verordnung schafft eine breite Palette von Förderinstrumenten, z.B. für Wärmepumpen und Solaranlagen. Die Finanzierung der Massnahmen stellt sicher, dass das heutige Förderniveau erhalten bleibt.

Kantonale Vorlage:

1) **Ja**. Wer juristische Urteile fällt, muss fachlich ausgebildet sein und Gesetze und Prozesse kennen. Vor Gericht soll das Prinzip der Rechtsgleichheit gelten.

Eidgenössische Vorlagen:

- 1) **Nein**. Das Verbot von Quersubventionierungen ist hochproblematisch und gefährdet die unrentablen Angebote von SBB, Post oder Swisscom in den Randregionen.
- 2) **Ja**. Durch ein bedingungsloses Grundeinkommen und die damit verbundene Existenzsicherung wird eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben gewährleistet.
- 3) **Nein**. Das zusätzliche Geld für den Strassenverkehr würde in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Bildung, Soziales und Landwirtschaft schmerzhaft fehlen.
- 4) **Stimmfreigabe**.
- 5) **Ja**. Gerade bei einer Beschleunigung des gesamten Verfahrens muss sichergestellt sein, dass alles fair und rechtsstaatlich korrekt abläuft. Deshalb muss für Asylsuchende der Zugang zu kostenloser Beratung und Rechtsvertretung gewährleistet sein.



GLP
Lukas Rich,
Präsident
Grünliberale (glp)
Kreis 6&10
Rechtsanwalt

Städtische Vorlagen:

- 1) **Ja**. Kongresshaus und Tonhalle sind in einem schlechten baulichen Zustand und müssen saniert werden.
- 2) **Ja**.
- 3) **Ja**. Der Ersatzneubau ist der letzte Schritt einer umfassenden Weiterentwicklung des Pflegezentrums Bombach.
- 4) **Ja**. So wird festgelegt, dass der städtische Atomausstieg bis zum Jahr 2034 vollzogen sein muss.
- 5) **Ja**.
- 6) **Ja**. Die Verordnung konkretisiert die Umsetzung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft im Strombereich.

Kantonale Vorlage:

1) **Ja**. Richterinnen und Richter müssen über eine fundierte juristische Ausbildung und das nötige Fachwissen verfügen. Das Laienrichtertum ist nicht mehr zeitgemäss und verursacht Mehrkosten.

Eidgenössische Vorlagen:

- 1) **Nein**. Die Initiative stärkt den Service public nicht. Die staatsnahen Unternehmen sollen weiterhin in beschränktem Rahmen auf den Markt ausgerichtet agieren können. Die Initiative schränkt diesen Spielraum viel zu stark ein.
- 2) **Nein**. Die Finanzierung dieses gesellschaftspolitischen Experiments würde jährliche Mehrkosten von mindestens 25 Milliarden Franken verursachen. Nicht einmal die Initianten haben eine Vorstellung, woher dieses Geld kommen soll. Die Initiative bedroht das Erfolgsmodell Schweiz und führt zu gravierenden Steuererhöhungen.
- 3) **Nein**. Die Annahme reisst ein Loch von 1,5 Milliarden Franken in die Bundeskasse. Betroffen von den notwendigen Kürzungen wären der öffentliche Verkehr (150 Mio.), die Bildung und Forschung (400 Mio.), die Armee (300 Mio.), die Landwirtschaft (200 Mio.) und weitere Bereiche.
- 4) **Ja**. Die betroffenen Paare sollen selber entscheiden können, ob sie die Präimplantationsdiagnostik PID in Anspruch nehmen wollen oder nicht.
- 5) **Ja**. Die Asylverfahren werden mit der Revision wesentlich beschleunigt, so dass rascher entschieden werden kann, ob jemand Asyl erhält oder die Schweiz wieder verlassen muss.



AL
Judith Stofler
Kantonsrätin AL,
Zürich

Städtische Vorlagen:

- 1) **Ja**. Die Instandsetzung von Tonhalle und Kongresshaus ist bitter nötig. Die vorgelegten Projekte der Stadt überzeugen architektonisch und städtebaulich. Das Kongresshaus wird gegen den See hin geöffnet.
- 2) **Ja**.
- 3) **Ja**.
- 4) **Ja**. Die Alternative Liste sagt 3x Ja zu den städtischen Vorlagen zur Elektrizität. Mit der Annahme der Vorlagen wird eine fortschrittliche Entwicklung der Energiepolitik begünstigt: einerseits durch den Willen, aus der Atomenergie auszuweichen, und andererseits durch die Förderung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft.
- 5) **Ja**.
- 6) **Ja**.

Kantonale Vorlage:

1) **Ja**. Das anzuwendende Recht wurde komplexer und die Verantwortung des einzelnen Richters, der einzelnen Richterin grösser. Aus diesem Grund ist ein juristisches Studium und eine vertiefte Weiterbildung eine unabdingbare Voraussetzung, um dem verantwortungsvollen Beruf des Richters, der Richterin gerecht zu werden.

Eidgenössische Vorlagen:

- 1) **Nein**.
- 2) **Ja**. Viele Frauen sind überzeugt, dass mit einem Ja zum Grundeinkommen eine längst fällige Diskussion zum Wert der Arbeit lanciert wird.
- 3) **Nein**.
- 4) **Ja**. Im Juni 2015 wurde die Verfassungsveränderung zur Präimplantationsdiagnostik PID mit klarer Mehrheit angenommen. Mit der Zustimmung zum Gesetz wird die Voraussetzung geschaffen, dass die PID in der Schweiz durchgeführt werden kann. Es gilt aber, menschenfeindliche Entwicklungen kritisch zu beobachten und allenfalls zu verhindern.
- 5) **Stimmfreigabe**. Einige Mitglieder der AL werden Nein stimmen. Warum eine Asylgesetzrevision befürworten, welche die Linke das letzte Mal mit guten Gründen noch vehement bekämpft hat? Die nächste Asylgesetzrevision wird ganz bestimmt noch herzloser. Tatsache ist, dass die jetzige Revision erneut eine Verschärfung darstellt, welche die Grundrechte der Betroffenen weiter aushebelt.

Höngg aktuell

Freitag, 20. Mai

Indoor-Spielplatz

9.30 bis 12 Uhr, Platz und Spielzeuge für Kinder im Vorschulalter in Begleitung ihrer Eltern. GZ Höngg/Rüthhof, Lila Villa, Limmattalstrasse 214.

E-Tram

15 bis 19 Uhr, Elektrisches wie Haushalts- und Bürogeräte, Kabel, Unterhaltungselektronik und Elektrowerkzeuge entsorgen. Einzelne Gegenstände dürfen maximal 40 Kilogramm schwer und 2,5 Meter lang sein. Anlieferung mit Auto nicht erlaubt. Tramschleife Wartau, Limmattalstrasse 257.

Obligatorisches Bundesprogramm 25 Meter und 300 Meter

17 bis 19 Uhr, Standblattausgabe nur bis 30 Minuten vor Schluss. Schiessanlage Hönggerberg, Kappenhölstrasse 80.

Naturspaziergang Abenteuer Stadtnatur

20 bis 23 Uhr, am Stadtrand auf der Suche nach dem Glöggelfrosch. Natur- und Vogelschutzverein, Treffpunkt Haltestelle Rüthhof, Bus 46.

Samstag, 21. Mai

Flohmarkt und Veloflicktag

10 bis 14 Uhr, einfach mit Decken einen Platz beziehen und Sachen verkaufen, beim Coop Rüthhof, mit Werken beim Bauspielplatz Rüthhütten und Velocheck.

KiTa Chrabelschloss Tag der offenen Tür

10 bis 16 Uhr, an beiden Standorten der KiTa. Wieslergasse 10 und Imbisbühlstrasse 100.

«De schnällscht Zürihugel»

13.30 bis 17 Uhr, Laufwettbewerb für Stadtzürcher SchülerInnen und Schüler. Dies ist die Quartierausscheidung für Jahrgänge 2003 bis 2008 oder früher, die Anmeldung kann direkt auf dem Sportplatz erfolgen. Quartierverein Höngg, Turmplatz Kappenhöl, Hönggerberg.

Bauspielplatz Rüthhütten

14 bis 17.30 Uhr, jeden Mittwoch und Samstag, ausser in den Schulferien, Vorschulkinder in Begleitung Erwachsener. Bauspielplatz Rüthhütten, Busendstation Nr. 46 Rüthhof, unterhalb der ASIG-Siedlung.